

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Verlagsamt: Sächs. Staatsb. Dresden,
Post der Arbeiter, Handwerker
und Beamten, H.-O. Dresden,
Gegründer: Kuntzsch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Einnahmen handelslicher Art, ist es auch ohne Eintrag höherer Stellen, bei der Register der Dresdner Volkszeitung keine Wirkung auf Rückzahlung des Besagten oder auf Rückführung der Beträge.

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Schriftleitung: Wetzlarerstr. 10, Dresden
Telefon: 25 991 und 12 702

Verlagsamt: Sächs. Staatsb. Dresden,
Post der Arbeiter, Handwerker
und Beamten, H.-O. Dresden,
Gegründer: Kuntzsch, Dresden.

Nr. 211

Dresden, Donnerstag, den 10. September 1931

42. Jahrgang

Achtung, Bauernfänger!

Frage an die Nazis: Gehört Eugenberg zum „raffenden“ oder „schaffenden“ Kapital?!

Sie wieder mal ein Beispiel, mit welchen verlogenen Methoden die Nazipresse auf die Massen besudelt. Das lächerliche Mutzenblättchen zitiert aus einer Rede des englischen Gewerkschaftsführers Gaydon, die er in einer Sitzung der Gewerkschaften in Bristol hielt. Er sagte: „Die letzten Ereignisse haben gezeigt, daß eine internationale Finanzmacht vorhanden ist, die die Kraft hat, jede Nation in die Knie zu zwingen und selbst eine so reiche und arbeitsame wie die englische. Wir erkennen, daß, wenn das Volk nicht die Banken kontrolliert, die Banken die Nation kontrollieren. Sie müssen ihre Macht zur sozialen Reaktion.“ In diesen treffenden Aussagen eines internationalen Sozialisten weiß das lächerliche Naziblättchen nichts weiter zu schreiben als folgenden Schmaß:

Für der roten Judenschuhtruppe folgende Teil der deutschen Arbeiter weiß noch nichts davon, welche ungeheuerlichen Wirtschaftskatastrophen von dem Wirken der Hochfinanz auf die Arbeiterschaft ausgehen.

Wenn wir ein Beispiel für die blöde Demagogie der Hitler-Pöbeln hätten erfinden wollen, wir könnten es nicht klaffender konstruieren! Nein, die sozialistischen Arbeiter wissen nichts davon, daß die Sozialdemokratie eine durchgreifende Bankenkontrolle, eine Unterstellung der Bankenleitungen unter die Führung des Staates fordert. Die sozialistischen Arbeiter wissen nichts davon, welchen Sturm die Sozialdemokratie namentlich in den letzten Monaten dagegen aufgeworfen hat, daß das Reich zwar mit Mitteln der Steuerzahler für die Banken einbrang und garantierte, aber bis heute noch nichts getan hat, um sich eine entsprechende Führung und Kontrolle der Banken zu sichern! Die sozialistischen Arbeiter wissen nichts davon, daß die Reichstagsfraktion der SPD erst gestern eine Entscheidung veröffentlicht hat, in der es heißt:

Der Einfluß öffentlicher Mittel erfordert die dauernde Kontrolle des Reiches über diese Banken und die Fortführung unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die ausschlag-

gebende Bedeutung der Bankpolitik für die Aufrechterhaltung der gesamten deutschen Wirtschaft macht die Kontrolle der Banken und die Leitung der Kapitalströmungen zu einem entscheidenden Teile jeder Wirtschaftspolitik, die die Gefahren einer volkswirtschaftlich unberechtigten Einschränkung des Kreditvolumens mit ihren Folgen vermehrter Betriebsbeeinträchtigungen und verschärfter Arbeitslosigkeit ebenso vermeiden muß wie die Gefahren der Inflation. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb die Errichtung eines Amtes für Bankpolitik, das mit allen nötigen Vollmachten zur Information über die Privatbanken und zum Eingreifen im volkswirtschaftlichen Interesse ausgestattet ist.

Von alledem wissen die sozialistischen Arbeiter nichts, redet eine verlogene Nazipresse ihrer armen und immer dünner werdenden Leserschaft ein. Die sozialistischen Arbeiter wissen viel mehr! Sie wissen, daß alle bürgerlichen Banken weiter nichts sind, als die Sammelbeden der gesamten Kapitalistenwelt, die Institute des „raffenden“ wie des „schaffenden“ Kapitals, und daß diese internationale Kapitalmacht mit internationalen Mitteln, mit den Methoden des internationalen Sozialismus bekämpft werden muß.

Die sozialistischen Arbeiter wissen auch, daß z. B. zu dieser internationalen Finanzmacht jene halbvertraute Danabank gehört, deren Inhaber Goldschmidt besonders in Sozialistenkreisen machte. Derselbe „internationale“ Danabank, bei der der großindustrielle Großverdiener und Nazifreund Eugenberg mit 42 Millionen Mark hängt. Und wir legen den nationalsozialistischen Bauernfängern zum vierntenmal die Frage vor: Gehört euer Freund Eugenberg nun eigentlich zum „raffenden“ oder zum „schaffenden“ Kapital?

Wird es euch so schwer, diese Frage zu beantworten, weil Eugenberg einer eurer Bundesgenossen, Protektoren und Geldgeber ist? Oder findet ihr euch in euren Schwindeln vom schaffenden und raffenden Kapital selbst nicht mehr hinein?

Curtius und die Krisenpartei

Volksparteilicher Schrei nach Sozialreaktion und weiteren Lohnsenkungen

Berlin, 10. September. (Eig. Fun.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat am Mittwoch in später Abendstunde über ihre zweitägigen Verhandlungen eine Verlautbarung herausgegeben, in der es heißt, daß der erste Teil der Beratungen den finanziellen und wirtschaftlichen Problemen galt. Der gemeinsame Gedanke der Vorschläge und der Aussprache habe sich in der Richtung bewegt, die daniiederliegende Wirtschaft und den Arbeitsmarkt durch kreditpolitische Maßnahmen, Herabsetzung der öffentlichen Lasten und Verminderung der Produktionskosten zu beleben. Die Reichstagsfraktion habe zur Beratung dieser Probleme besondere Ausschüsse eingesetzt, die der nächsten, für den 23. September in Hamburg vorgesehenen Fraktionsberatung bestimmte Richtlinien vorlegen sollen. Wichtig heißt es dann in der parteiamtlichen Verlautbarung:

„Der zweite Tag der Potsdamer Beratungen galt der allgemeinen politischen Lage, insbesondere der Außenpolitik, über die der Vorsitzende, Abgeordneter Dingeldey, den einleitenden Bericht erstattete. Dabei wurden auch die Verhandlungen in Genf einer eingehenden Besprechung unterzogen. Von den Verhandlungen des Parteiführers mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius wurde zumleitend Kenntnis genommen. Zu der inneren Politik fordert die Fraktion mit aller Entschiedenheit ein rasches und entschlossenes Handeln der Reichsregierung. Das Jögren der Staatsführung in der Durchführung des angelegentlichsten und dringend erforderlichen Maßnahmen kann von der Deutschen Volkspartei nicht länger geduldet werden.“

Es bestätigt sich also, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vorerst noch keinen bestimmten Bescheid zu der Frage gefaßt hat, ob sie den Reichsaußenminister zum Rücktritt auffordern soll. Wie jedoch die rechtsstehende Berliner Tageszeitung dazu bemerkt, handelt

es sich mit dieser Vertagung nur um einen Höflichkeitssatz. Die Stimmung der volksparteilichen Fraktionsmehrheit sei für einen Rücktritt des Ministers. Das ist echt national-liberal. Solange Curtius einen etwas unbestimmten außenpolitischen Kurs steuert — bald für Verständigung mit Frankreich, bald für eine Politik dunkler Absagen und Drohungen, bald ein dühnen Anlehnung an England, bald wieder an England — duldet Dingeldeys Worte den Minister. Jetzt, da Curtius den deutsch-österreichischen Jollunionsplan hat über Bord gehen lassen und auf eine gradlinige Verständigung mit Frankreich zusteuert, jetzt, da er anfängt, klarer und vernünftiger zu werden und zu handeln, jetzt hat die Volkspartei keine Sympathie mehr für ihn. Sie ist und bleibt die ewige Krisenpartei und in der Sozialpolitik reaktionär bis auf die Knochen. Denn der Schrei nach „Herabsetzung der öffentlichen Lasten“ und „Verminderung der Produktionskosten“ heißt für Volksparteiler nichts anderes als weitere Beschränkung des Sozialstaats und weitere Lohnrückerei.

Das Stillhalteabkommen unterzeichnet

D. Berlin, 10. September. (Eig. Fun.) Am Mittwoch wurde in Berlin von den drei beteiligten deutschen Stellen, und zwar der Reichsbank, der Deutschen Goldkreditbank und dem Bankenausschuß ein Stillhalteabkommen unterzeichnet. Das Abkommen tritt am Tage in Kraft, an dem die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel an die beteiligten Stellen die Mitteilung gelangen läßt, daß sämtliche Vertragsparteien den Vertrag gezeichnet haben. Der maßgebende Text des Stillhalteabkommens einschließlich Mantelvertrag wird bekanntgegeben werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

Wille zum Handeln

Weg mit den Böllen und Preisbindungen

Von Tony Sender, M. A. N.

Man sieht dem kommenden Winter mit Bangen entgegen. Prophezeiungen werden laut, mit welcher hoher Millionenzahl von Arbeitslosen man rechnen müsse, es ist, als ob die einen die breiten Volksmassen vorbereiten wollten auf Duld und Leiden, während andere faktisch und untätig der Zeit entgegenbarren, da Erbitterung und Verweigerung weite Volkschichten erfasst, um dann auf dem Boden dieser Not und Erbitterung die Menschen zu Gewalttätigkeiten aufzubringen und in dem so geschaffenen Chaos die Plünderer der Diktatur reifen zu lassen. Dabei würfeln Hitler-Eugenberg-Sölden mit den Thölmann-Jungen um den Vorrang — und das arbeitende Volk ist der Einsatz in diesem Spiel.

So aber darf es nicht kommen! Weder Duld und Hinnehmen noch Putsch und Terror darf die Parole des denkenden Teils des deutschen Volkes sein. Wir müssen reagieren auf die von der herrschenden kapitalistischen Unordnung geschaffene Not durch den Willen zur Klarheit und die Entschlossenheit zum Handeln.

Da taucht zunächst die Frage auf: Wie kommt es, daß gerade diesmal die kapitalistische Krise von so ungeheurer Heftigkeit und unerträglicher Dauer ist? Eine Prüfung zeigt uns, daß die Selbstheilung der Krise hintangehalten wird:

1. durch das politische Mißtrauen, verursacht vom Falschflug;
2. durch das Nichtfunktionieren des kapitalistischen Mechanismus, der im normalen Ablauf brachliegendes Kapital an die Stellen des Bedarfs, angelockt durch höhere Zinsen, leitet. Jetzt ist in Frankreich und Amerika Kapital aufgeschwatzt, das infolge der politischen Unsicherheit und des Mißtrauens nicht an die Stellen des Bedarfs in Mitteleuropa gelenkt wird;
3. aber rächen sich die Sünden einer gealterten Kartellwirtschaft und des Systems der gebundenen Preise, die verhindert haben, daß durch entsprechende Preisbindung die Nachfrage angetrieben und dadurch wieder Anreiz zu neuen Investitionen geschaffen wurde.

Während die unter 1. und 2. aufgeführten Ursachen der Krisenverschärfung durch eine entschiedene Kursänderung in der Außenpolitik und insbesondere eine im Interesse beider Länder gelegene Verständigung Deutschlands mit Frankreich behoben werden müssen, steht der Kampf gegen das künstlich hoch gehaltene deutsche Preisniveau als eine unmittelbar in Angriff zu nehmende Aufgabe vor uns. Sie kann aus eigener Kraft Deutschlands durchgeführt werden. Die Folgen der Finanzkatastrophe des Monats Juli bedrohen uns infolge der verletzten Kapitaldecke mit einer weiteren Einschränkung der Produktionsmenge und infolgedessen mit vermehrter Arbeitslosigkeit, sofern wir die Dinge einfach laufen lassen. Senken wir aber das Preisniveau, so kann mit der bisherigen Kapitalmenge ein größeres Warenquantum bewegt werden.

In seinem letzten Bericht stellt das Institut für Konjunkturforschung fest, daß die gebundenen Preise sich ganz im Gegensatz zur allgemeinen Preisentwicklung nur wenig verändert haben. Seit Einleitung der Preis-

abbauaktion sind die reagiblen (freien, beweglichen) Warenpreise um mehr als 25 Prozent gesunken, während die gebundenen Warenpreise nur um 8 1/2 Prozent sanken.

Das trasseste — freilich längst nicht das einzige — Beispiel für die künstliche Hochhaltung der Preise, bewirkt durch hohen Zoll und Kartellpolitik, ist das Auseinanderfallen der deutschen und ausländischen Eisenpreise.

	Der Preis für Stabeisen betrug	
	im Inland M. je Tonne	im Ausland M. je Tonne
im Juli 1930	137,—	98,—
im Juli 1931	128,—	71,—

	Der Preis für Grobbleche betrug	
	im Inland M. je Tonne	im Ausland M. je Tonne
im Juli 1930	155,—	120,—
im Juli 1931	149,—	82,—

Es ist höchste Zeit zum Eingreifen. Der Widerspruch gegen die von Kartellen festgelegten Höchstpreise durch die Regierung genügt längst nicht mehr. Es muß unterzögig eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, daß die Regierung den Kartellen positiv die Preise vorschreiben kann. Ebenso dringlich aber erweist sich die Notwendigkeit der Erfüllung der seit Jahren erhobenen sozialistischen Forderungen nach

Schaffung eines Kartell-Kontrollamtes

Übersehen wir wie sich die Finanzmächte zur sachgemäßen Kapitalverwaltung und Kapitallenkung fähig erweisen, waren es die Kartellmächte. Man kann nicht das ganze Volk unter der Ungleichheit und Unsicherheit einiger Kartellbarone unerträglich leiden lassen.

„Für Freiheit der Wirtschaft!“ ist der Ruf — gemeint aber ist nur die Aufhebung des Lohnschubes. So wurden